



# PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An den Ausschussvorsitzenden  
Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Heinen

An Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**Thomas Hegenbarth**

**Lisa Gerlach**

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 21.04.2016

**AN/0785/2016**

## Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Jugendhilfeausschuss	26.04.2016

### Gastfamilien-Programm der Stadt Köln: Wo hakt es noch?

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,  
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Dr. Heinen,

die Antragsteller bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu nehmen:

Seit 1. November 2015 vermittelt das Kölner Jugendamt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) in Gastfamilien. Die Piraten begrüßen die Unterbringung von Flüchtlingskindern und Jugendlichen in Gastfamilien. Wir sind der Überzeugung, dass das Leben mit "Familienanschluss" insbesondere für junge Geflüchteten gute Möglichkeiten bietet, um in Köln anzukommen. Auch andere Kommunen bieten mittlerweile vergleichbare Projekte an.

Private Unterbringung kann ein guter Weg sein, die Herausforderungen im Bereich der Integration und Flüchtlingsaufnahme zu bewältigen. Man erreicht dabei motivierte, idealistische Ehrenamtler mit hohem Engagement, die den Jugendlichen eine sehr individuelle Förderung geben können. Tatsächlich werden sogar die Kassen entlastet: Die Unterbringung in einer Wohngruppe wird zwischen 3.000 und 5.000 Euro pro UMF pro Monat, zuzüglich Kosten für Gesundheit/Krankenversicherung, geschätzt, während für eine Unterbringung 12-18 Jähriger Jugendlicher vergleichsweise harmlose 945 Euro an die Pflegefamilie gezahlt werden. Pflegekinder können außerdem in einer gesetzlichen Krankenversicherung der Pflegeeltern kostenlos mitversichert werden, was zu einer besseren oder doch wenigstens gleichwertigen gesundheitlichen Versorgung der Jugendlichen führt, obwohl die Sozialkassen entlastet werden. Das ist eine Situation, die bei guter Vorbereitung, Unterstützung und Kontrolle alle Seiten besser stellen dürfte.

**Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:**

1. Wie viele Pflegefamilien haben sich um die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen beworben, wie lange dauerte es vom ersten Bewerbungsgespräch beim Amt bis zum Einzug der Pflegekinder, und wie viele Pflegefamilien wurden in Köln abgelehnt? Bitte die Gründe für die jeweilige Ablehnung einzeln aufzählen.
2. Bitte erläutern Sie, ob den Jugendlichen bevorzugt Wohngruppen oder bevorzugt Pflegefamilien empfohlen werden, wie für die Unterbringungsform "Pflegefamilie" bei den Jugendlichen geworben wird und wie viele Jugendliche sich, bezogen auf die Gesamtzahl der in Köln lebenden UMF, daraufhin für die Aufnahme in eine Pflegefamilie beworben haben, sowie wie lange die UMF, die inzwischen in Pflegefamilien leben, warten mussten, bis eine für sie passende Pflegefamilie gefunden war. Letzteres bitte einzeln aufschlüsseln.
3. Inwieweit sind UMF, die keinen Vormund haben, in ihren Aussichten auf Ausbildung, Beschulung, Pflegefamilie, Integration schlechter gestellt als UMF, die einen Vormund haben und wie kann man dafür sorgen, dass möglichst schnell genug Vormünder gefunden und vermittelt werden?
4. Städtische Vormünder können oft nicht zeitnah auf die Bedürfnisse ihrer Pfleglinge reagieren. Die ehrenamtlichen Pflegeeltern erleben sich dabei nicht selten als Dienstleister für eigentlich originäre Aufgaben der professionellen Vormünder. Nicht selten verlangt ein Vormund von den Pflegeeltern dann auch noch das Einholen von zahlreichen Einzelvollmachten, nur um fest stehende Notwendigkeiten erledigen zu können wie z.B. die Anmeldung beim Einwohnermeldeamt, ein Schülerticket der KVB, eine Schulanmeldung (wobei die Schule vom Jugendamt vorgegeben ist), die Eröffnung eines Bankkontos für einen UMF oder eine Anmeldung im Sportverein. Dieses Nachlaufen kann zu einer echten zeitlichen und nervlichen Belastung für die Pflegeeltern und alle anderen Beteiligten werden. Welche standardisierten Verfahren bzw. Vorlagen könnte die Stadt Köln ihren Vormündern z.B. im Rahmen einer Fortbildung zur Verfügung stellen, damit die ehrenamtlichen Pflegeeltern wenigstens die üblichen vorhersehbaren Aufgaben mit minimiertem Zeitaufwand und somit vorbereitet, strukturiert und reibungslos erledigen können?
5. Ehrenamtlich sich bewerbende Pflegeeltern werden vorab hinsichtlich ihrer Motivation, ihrer Gesundheit, ihrer Lebensverhältnisse, ihrer Finanzen und ihrer sehr persönlichen Lebensgeschichte durchleuchtet. Sie haben nicht selten über 100 Stunden ihrer Zeit für Gespräche mit Amtspersonen, das Ausfüllen von Formularen und für Fortbildungen aufgebracht, bevor sie ihr künftiges Pflegekind kennenlernen dürfen. Nach mehrmonatiger Vorlaufzeit beginnen zunächst die Kennenlern- und Probewohntermine, die sich wieder über Wochen, wenn nicht Monate hinziehen. Die Pflegeeltern empfangen ihre Kinder dabei üblicherweise mit einem bereits eingerichtete Zimmer und einer Grundausstattung für Schule, Sport oder Deutschunterricht und sie gehen dafür finanziell in Vorleistung. Zu erwähnen sind auch die üblichen Lebenshaltungskosten eines Jugendlichen, die durch das Pflegegeld abgedeckt werden, aber erst nach erteilter Einzugserlaubnis vom Amt übernommen werden. Vor diesem Hintergrund interessiert uns: Wieviel Zeit verging bisher zwischen dem ersten Probewohnen und der ersten Auszahlung von Pflegegeld? Nennen Sie bitte die 3 kürzesten, die 3 längsten und die durchschnittliche Wartezeit, und stellen Sie da, wie die Stadt Köln es zukünftig vermeiden kann, dass ehrenamtliche Pflegeeltern nach langer Bereitschaftszeit ohne Kostenübernahme und dem glücklichen Einzug noch weitere Monate als "Bank" benutzt werden.

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach